

Landtag aktuell

11. Dezember 2008

Sitzung des NÖ Landtages

Der Landtag von Niederösterreich trat heute um 13 Uhr unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zu einer Sitzung zusammen.

Bei der Wahl eines neuen Mitgliedes der Landesregierung, die auf Grund des Wechsels von Gabriele Heinisch-Hosek in die Bundesregierung notwendig wurde, entfielen 52 der insgesamt 54 abgegebenen Stimmen auf Mag. Karin Scheele. In ihrer Antrittsrede betonte sie, dass es ihr eine große Freude und Ehre sei, diese Funktion zu übernehmen und dass sie ihre Aufgaben mit besten Wissen und Gewissen erfüllen werde. Im Bereich Jugendwohlfahrt wolle sie die gute Arbeit meiner Vorgängerinnen fortsetzen; im Rahmen des Gesundheitswesens gehe es insbesondere um die Finanzierung des Rettungswesens, der betrieblichen Vorsorge sowie der Kindergesundheit. Für sozial schwache Mitglieder der Gesellschaft strebe sie für 2009 eine Erhöhung der Beratungsdienstleistungen an. Die „soziale Modellregion“ werde sie unterstützen; es gehe darum, die Armutsgefährdung im Land zu reduzieren. Auch punkto Pflege gäbe es noch große Herausforderungen. Ziel sei die „zeitgerechte, leistbare und qualitätsvolle Pflege“.

Im Anschluss wurde eine **Aktuelle Stunde** zum Thema **„50%ige Gehaltserhöhung für die Bürgermeister, LH Pröll macht großzügige Weihnachtsgeschenke auf Kosten der Gebührenzahler!“** abgehalten.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) meinte, dass in Niederösterreich ein „Drei-Klassen-Weihnachten“ bevorstehe: Hier sei zwischen Gebühren geplagten BürgerInnen,

189.000 Menschen in der Armutsfalle und den Bürgermeisterinnen, welche künftig um bis zu 159 Prozent mehr Geld bekämen, zu unterscheiden. Er sprach weiters von „großzügigen Gagenerhöhungen“. Für Blaulichtorganisationen gebe es keine Hilfe und Unterstützung, für Bürgermeister hingegen eine „fette“ Gagenerhöhung. Der Großteil der Bürgermeister sei Doppelt- und Mehrfachverdiener. Statt einer Kostenwahrheit bei Kanalgebühren etc. gebe es eine „Erhöhung zum Schänden“.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) sprach von einer „maßlosen und unverschämten“ Gagenerhöhung, für die es gar keinen Bedarf gebe. In Zeiten der Finanzkrise, drohender Betriebsschließungen und des Abbaus von Arbeitsplätzen werde es dafür in der Bevölkerung kein Verständnis geben. „Politmultis“ wie die Abgeordneten Adensamer, Riedl, Dworak, Wilfing, Rinke, Hintner und Schuster könnten ihre Funktionen gar nicht richtig ausfüllen. Die Menschen in den Freiwilligenorganisationen würden mindestens genauso viel, aber unentgeltlich, arbeiten.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, die beiden Vorredner seien das beste Beispiel für Populismus, das führe nur zu einer Neidgesellschaft. Vertreter der FP, angeblich immer auf Seiten des „kleinen Mannes“, seien die ersten, die „wenn erst am Futtertrog“, „den Hals nicht voll bekommen“. Dadurch sei auch die Demokratie in Verfall geraten. Sie möchte allerdings kein Gesetz, das nur die Spitze bediene, das sei unfair gegenüber den zigtausend GemeinderätInnen.

Abgeordneter Helmut C e r w e n k a (SP) betonte, die Sozialdemokratie stehe zu den Erhöhungen, weil es demokratiepolitisch notwendig sei. Man brauche gute Leute, diese würden jedoch auch eine entsprechende finanzielle Ausstattung brauchen. Als verantwortungsvolle Partei stehe die Sozialdemokratie zu den Bürgermeisterinnen und Gemeindevorstandspersonen und damit zu den Menschen dieses Landes.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, die Aktuelle Stunde könnte auch „alle gegen die FP“ genannt werden. Die Bevölkerung habe kein Verständnis für diese

Maßnahme, die Gagen zu erhöhen, während immer mehr Menschen in Richtung Armutsfalle kommen würden.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) vertrat die Ansicht, dass mit dieser Aktuellen Stunde das parlamentarische Grundrecht einer aktuellen Stunde missbraucht werden würde. Die Gemeindevertreter arbeiteten Tag und Nacht für die Landsleute, während die FP etwa im Schul- und Kindergartenfonds gegen die Unterstützung der Gemeinden gestimmt habe. Vor allem die Jugend brauche ein Angebot, um sich für ein gesellschaftspolitisches Engagement entscheiden zu können.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort: Er weise die Anschuldigungen zurück und weise darauf hin, dass er keine weiteren Erwerbseinkommen habe. Er stelle auch richtig, dass der FP in diesem Bundesland nur ein Dienstauto zur Verfügung stehe.

Präsident Ing. Hans P e n z (VP) erteilte dem Klubobmann Waldhäusl einen Ordnungsruf.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) stellte klar, dass er kein Angestelltenverhältnis neben seiner politischen Tätigkeit habe. Seine Funktion im SP-Gemeindevertreterverband sei ehrenamtlich. Zur Situation der Bürgermeister meinte er, dass es in Niederösterreich immer schwieriger werde, geeignete junge Kandidaten zu finden. Die finanzielle Entschädigung der niederösterreichischen Bürgermeister sei im Vergleich zu den anderen Bundesländern zu gering. Auch die kürzlich erschienene Studie von Wolfgang Mazal zeige ganz deutlich, dass die niederösterreichischen Bürgermeister unterbezahlt seien.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) versicherte, Dworak nichts Unrichtiges bezüglich seines Einkommens unterstellen zu wollen. In diesem Zusammenhang forderte er aber Dworak auf, die Informationen betreffend seiner Person auf der Homepage des Landes richtig zu stellen.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) erklärte, Gemeindevertreter zu sein, sei ein schöner Beruf. Das Amt des Bürgermeisters habe sich aber in den letzten Jahren vom Verwalter zum Manager geändert. Wenn man sich das Gehaltsniveau der Bürgermeister ansehe, dann sei es auf alle Fälle angemessen, diese nun geplante Erhöhung durchzuführen. In den letzten Jahren habe man immer deutlicher gesehen, dass es in immer mehr Gemeinden Probleme gebe, junge Bürgermeister zu finden. In diesem Zusammenhang brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend sozialrechtliche Absicherung der Bürgermeister ein. Weiters brachte er einen **Abänderungsantrag** zusammen mit den Abgeordneten Schneeberger, Michalitsch, Hackl, Hauer, Schulz und Wilfing betreffend Änderung des NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetzes ein. Im Artikel I soll nach Ziffer 4 folgende Ziffer 5 angefügt werden: „5. In § 24, Absatz 2 wird nach dem Wort ‚Schaden‘ die Wortfolge ‚oder sozialrechtlicher Nachteil‘ eingefügt“.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) erklärte, dass die Bezüge der Bürgermeister jetzt auf Grund der Einwohnerzahl der Kommunen vom Land festgelegt wurden. In den Gemeinderatssitzungen gab es in der Vergangenheit von den Gemeindevertretern nicht den Mut, eine entsprechende Erhöhung vorzunehmen. Das Land übernehme zu Recht die Verantwortung, habe es aber jetzt verabsäumt, bei dieser Gelegenheit auch die Gehälter der Vizebürgermeister und der Gemeinderäte festzulegen. Die GemeinderätInnen stünden voll in der Öffentlichkeit und es sollte daher einen soliden und fairen Zugang geben. In der Folge brachte sie gemeinsam mit ihren FraktionskollegInnen einen **Abänderungsantrag** ein.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) bezeichnete die Bürgermeistertätigkeit als eine sehr umfassende und von hoher Verantwortlichkeit auch im rechtlichen Sinne gekennzeichnete Tätigkeit. Die Angleichung der Bezüge sei daher gerecht. Ihre Fraktion trete deshalb dafür ein, weil das Bürgermeisteramt als Ehrenamt nur noch von Personen mit entsprechendem finanziellem Hintergrund ausgeübt werden könnte. Dies wäre ein

demokratiepolitischer Rückschritt. Gemeinsam mit dem Abgeordneten Riedl brachte sie einen **Resolutionsantrag** betreffend sozialversicherungsrechtliche Probleme der Bürgermeister in Niederösterreich ein.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) räumte ein, dass es auch Bürgermeister gebe, die diese Aufwertung zu Recht bekämen, weil sie ihre Aufgaben ernst nehmen würden. Die Bevölkerung habe allerdings nur wenig Verständnis für dieses höchste Gehalt; die Diskussion richte sich gegen jene, die zahlreiche Nebenjobs ausüben. Der FP den Vorwurf der Demokratiefeindlichkeit zu machen, gehe nicht an. Für eine persönliche Beleidigung des Abgeordneten Karner erhielt er einen Ordnungsruf von Präsident Nowhradsky.

Abgeordnete Heidemaria **O n o d i** (SP) betonte, viele Menschen seien stolz, in den NÖ Gemeinden zu leben, legten Wert auf die Erhaltung der Lebensqualität in den Gemeinden und arbeiteten auch dafür. Die Gemeinden seien das Rückgrat des Landes, unmittelbares Lebensumfeld und wichtig für die Identitätsstiftung. Die Gemeinde sei heute ein Dienstleistungsbetrieb, von dem rasches und effizientes Arbeiten erwartet werde. Die Bürgermeister seien daher Mediatoren und Manager, eine Verbesserung ihrer sozialen Absicherung wäre ein Schritt in die richtige Richtung.

Abgeordneter Mag. Lukas **M a n d l** (VP) meinte, der Großteil des Landtages wisse, was man an den Bürgermeistern habe. Die Schaffung angemessener Rahmenbedingungen entspreche ihren Leistungen. Die Bürgermeister leisteten aber nicht nur sehr viel, sondern verzichteten auch auf sehr viel. Es sei skandalös, dass es in dieser Frage keinen Konsens im Landtag gebe.

Abgeordneter Mag. Alfred **R i e d l** (VP) sagte zum Abänderungsantrag der Grünen, seine Partei werde nicht zustimmen. Hauptamtliche und nebenberufliche Tätigkeiten unterschiedlich zu entlohnen, stärke nur regionale Neidgenossenschaften.

Der Abänderungsantrag der Abgeordneten Krismer-Huber u. a. fand keine ausreichende Mehrheit und gelangte daher nicht zur Abstimmung. Der Antrag, der weitere Abänderungsantrag und die beiden Resolutionsanträge wurden jeweils mit VP/SP-Mehrheit angenommen.

Abgeordneter Franz G r a n d l (VP) berichtete zu einem **Antrag mit Gesetzentwurf gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Dr. Michalitsch, Mag. Renner u. a. betreffend Änderung der NÖ Gemeindeordnung.**

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) berichtete zu einem **Antrag mit Gesetzentwurf gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Waldhäusl, Ing. Gratzner, MMag. Dr. Petrovic u. a. betreffend Änderung der NÖ Landesverfassung 1979.**

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) meinte, die Änderung der Gemeindeordnung habe die Turbulenzen an Finanzmarkt als besonderen Anlassfall. Zu den Anträgen von VP und SP merkte er an, dass in einigen Punkten das bisherige Regelwerk „goldrichtig“ gewesen sei, gewisse Änderungen seien „demokratiepolitisch nicht einzusehen“. So werde etwa dem Gemeindevorstand das Mitspracherecht genommen.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) ortete eine breite Zustimmung der Menschen, Gelder der öffentlichen Hand weniger risikoreich zu veranlagern. Die Bürger hätten ein richtiges Gespür, dass man mit öffentlichen Geldern andere Maßstäbe anlegen müsse. Es gebe allerdings jetzt schon Instrumente wie die Genehmigungspflicht und die Risikoanalyse. Unterm Strich sei nun ein Rückzug des Landes festzustellen, das Land Niederösterreich nehme sich aus dem Spiel. Sie kritisierte, dass in Zukunft unbedingt Unternehmen, die von der Gemeinde beherrscht werden, also so genannte ausgegliederte Gemeindebetriebe, vom Prüfungsausschuss untersucht werden können. Leider sei eine diese Punkte berücksichtigende Vorlage von der VP zurückgezogen worden. Die nun aktuelle Vorlage verschärfe die jetzige Situation, da sich die Gemeindekontrolle voll-

kommen zurückziehe. In diesem Zusammenhang sei mehr Transparenz und Demokratie in den Gemeinden notwendig.

Abgeordneter Rupert **D w o r a k** (SP) meinte, gerade im Umgang mit öffentlichen Geldern müsse besondere Sorgfalt gelten. Die Spezialisten der neu geschaffenen Finanzberatungsgesellschaft würden sachliche und detaillierte Grundlagen liefern, damit die Gemeinde vor Abschluss eines Finanzgeschäftes über das Risiko informiert sei. Dieses wichtige Service stelle aber die Autonomie der Kommunen nicht in Frage. In diesem Zusammenhang brachte er mit den Abgeordneten Dr. Michalitsch, Mag. Renner u. a. einen **Resolutionsantrag** betreffend Einbindung der Gemeindevertreterverbände in das Vergabeverfahren von projektbezogenen Gemeinde-Bedarfszuweisungsmitteln ein.

Abgeordneter Mag. Johann **H e u r a s** (VP) verlangt eine konstruktive und sachliche Debatte über die Gemeinde- und Kommunalpolitik. In diesem Zusammenhang ersuchte er den FP-Klub um Mäßigung und die Abkehr vom Populismus. Außerdem würden von der FP die Entscheidungen im Kindergartenfonds nicht mitgetragen, obwohl der Ausbau der Bildungseinrichtungen wichtig für die Bevölkerung sei. Zur Finanzberatungsagentur meinte er, dass einzelne Gemeinden auf Grund von schlechter Beratung von Spezialisten bei Veranlagungen Verluste verzeichnen mussten. In Zukunft müssten Finanzprodukte und Strategien durch die Finanzberatungsgesellschaft analysiert und beurteilt werden. In diesem Zusammenhang brachte er mit den Abgeordneten Cerwenka, Bader, Dworak, Grandl, Moser, Ing. Rennhofer und Mag. Riedl einen **Abänderungsantrag** betreffend Änderung der NÖ Gemeindeordnung zur klaren Regelung der Zuständigkeit der Gemeindeorgane bei Finanzgeschäften und zur Erlassung von Richtlinien über den Einsatz von Finanzgeschäften ein.

Klubobfrau Dr. Madeleine **P e t r o v i c** (G) erklärte, dass die Grünen für eine Änderung der Landesverfassung und für mehr Minderheiten und Kontrollrechte seien. Allerdings brauche es bei Verfassungsänderungen einen ausreichenden zeitlichen Vorlauf zur

gründlichen Vorbereitung. Bei dieser Diskussion müssten auch die aktuellen Mehrheitsverhältnisse im Land berücksichtigt werden. Mittlerweile gebe es ein Einvernehmen mit den anderen Parteien darüber, dass es künftig zu einer Grundsatzdebatte über die Landesverfassung kommt.

Abgeordneter Helmut C e r w e n k a (SP) brachte einen **Resolutionsantrag** betreffend klarer Richtlinien über den Einsatz von Finanzinstrumenten der Gemeinden in der Verordnung gemäß § 69, Abs. 6 der NÖ Gemeindeordnung ein. Er hielt fest, dass man damit „nicht präjudizieren“, jedoch einen Rahmen aufzeigen und eine Willensbildung in diese Richtung vornehmen wolle.

Klubobmann Mag. Klaus S c h n e e b e r g e r (VP) brachte seine „Belustigung“ darüber zum Ausdruck, dass sein Vorredner gemeint habe, dass seine Fraktion sich bei diesem Thema „durchgesetzt“ habe. Vielmehr sei er über das „Ja“ von FP und Grünen – wobei letztere dieses „Ja“ kurz darauf in ein „Nein“ umgewandelt hätten - bzw. über das „Nein“ der SP verwundert gewesen. Man werde dort, wo es nötig sei, Änderungen herbeiführen, aber man werde keine Geschäftsordnungsänderung durchführen.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) hielt fest, dass es für seine Fraktion klar war, hier eine Unterstützung auszusprechen. Die Sache sei in Ordnung und nicht deshalb abzulehnen, weil sie von der Mehrheitspartei komme. Er verwehrte sich gegen die Anschuldigung, dass die FP sich gegen den Ausbau von Schulen und Kindergärten ausgesprochen habe.

Abgeordneter Helmut C e r w e n k a (SP) ging auf die Ausführungen Schneebergers ein und hielt u. a. fest, dass seine Fraktion gerade im Bereich Risikoveranlagungen als erste tätig geworden sei. Der VP-Antrag sei erst zwei Stunden vor Beginn des Ausschusses dargelegt worden. Hinsichtlich der Richtlinien meinte er, dass seine Fraktion sich gegen die Formulierung „kann erlassen“ ausgesprochen hatte und das Wort „hat“ genannt haben wollte. Seiner Ansicht nach habe sich seine Fraktion, die ein anderes Demokratie-

verständnis habe als die VP, in diesem Punkt eindeutig durchgesetzt. Das Demokratiepaket brauche klare Zeithorizonte, man habe sich hier auf Augenhöhe zusammensetzen und gemeinsam zu einer Lösung für Niederösterreich zu kommen.

Der **Abänderungsantrag** der Abgeordneten Heuras, Cerwenka, Bader, Dworak, Grandl, Moser, Ing. Rennhofer und Mag. Riedl (Änderung der NÖ Gemeindeordnung zur klaren Regelung der Zuständigkeit der Gemeindeorgane bei Finanzgeschäften und zur Erlassung von Richtlinien über den Einsatz von Finanzgeschäften) wurde mit den Stimmen der VP und SP angenommen. Der Antrag auf Änderung des Wortlautes wurde ebenso mit den Stimmen von VP und SP angenommen.

Die Resolutionsanträge der Dworak, Dr. Michalitsch, Mag. Renner u. a. (Einbindung der Gemeindevertreterverbände in das Vergabeverfahren von projektbezogenen Gemeinde-Bedarfszuweisungsmitteln) sowie des Abgeordneten Cerwenka wurde gegen die Stimmen von SP und FP abgelehnt.

Der Verfassungsgesetzentwurf wurde einstimmig angenommen.

Folgende fünf Punkte wurden in einem behandelt:

Abgeordneter Josef J a h r m a n n (SP) berichtete zu einem **Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Grandl, Dworak u.a. betreffend Änderung der NÖ Gemeindebeamtengehaltsordnung 1976 (2. GBGO-Novelle 2008).**

Abgeordneter Josef J a h r m a n n (SP) berichtete zu einem **Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Grandl, Dworak u.a. betreffend Änderung des NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 1976 (2. GVBG-Novelle 2008).**

Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r (VP) berichtete zu einem **Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger u.a. betreffend Änderung der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972 (4. DPL-Novelle 2008).**

Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r (VP) berichtete zu folgenden drei Anträgen:

- **Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger u.a. betreffend Änderung des NÖ Landes-Bedienstetengesetzes (4. LBG-Novelle 2008)**
- **Antrag mit Gesetzentwurf gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Dr. Michalitsch, Mag. Renner u.a. betreffend Änderung des Gesetzes über den Unabhängigen Verwaltungssenat in Niederösterreich**
- **Antrag mit Gesetzentwurf gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Dr. Michalitsch, Mag. Renner u.a. betreffend Änderung des NÖ Spitalsärztegesetzes 1992.**

Abgeordneter Ing. Franz **R e n n h o f e r** (VP) berichtete zu einem **Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger u. a. betreffend Änderung des Landes-Vertragsbedienstetengesetzes (3. LVBG-Novelle 2008).**

Abgeordnete Mag. Karin **R e n n e r** (SP) meinte, die Umsetzung eines Bundesgesetzes enthalte wichtige inhaltliche Elemente. Es könne nicht genug Erleichterungen z. B. für Eltern behinderter Kinder geben.

Abgeordneter Dr. Martin **M i c h a l i t s c h** (VP) hob hervor, es müsse ein Anliegen sein, die Leistung von 37.000 Landesbediensteten zu würdigen. Die Mehrkindstaffelung sei keine Übernahme eines Bundesgesetzes, das gebe es nur in Niederösterreich. 3,55 Prozent für die Mitarbeiter seien ein gutes Signal des Vertrauens in den Dienstgeber. Die Sozialpartnerschaft in Niederösterreich funktioniere sehr gut.

Bei der folgenden Abstimmung wurden alle fünf Anträge einstimmig angenommen.

Abgeordneter Mag. Kurt **H a c k l** (VP) berichtete zu einer **Vorlage der Landesregierung betreffend Landespflegeheim Gänserndorf, Zu- und Umbau Abschnitt 2 (Betreuungsstation und Sanierung im Bestand) Kostenerhöhung. Beim Zu- und Umbau geht es um eine Kostenerhöhung von 4,5 Millionen Euro auf 7 Millionen Euro.**

Abgeordneter Edmund **T a u c h n e r** (FP) eröffnete die Debatte: Die Vorlage sei von zahlreichen Unklarheiten gekennzeichnet. Angesichts von Kostenüberschreitungen und

Bauverzögerungen sei zu fragen, wer dafür die Verantwortung trage. Bei der Auftragsvergabe sollte man sich in Zukunft an geprüfter Kompetenz orientieren.

Zweiter Präsident Herbert Nowohradsky (VP) sagte, das Problem in Gänserndorf liege bereits längere Zeit zurück. Die Zusammenführung von Alt und Neu habe zu der Kostenüberschreitung geführt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Karl Badner (VP) berichtete zu einer **Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Landesausstellung 2009 „ÖSTERREICH.TSCHECHIEN“ in Horn, Raabs an der Thaya und Telč; Übernahme einer Landeshaftung in der Höhe von 8 Millionen Euro für die Ausstellungsobjekte.**

Abgeordneter Emmerich Weidbauer (G) gratulierte zur länderübergreifenden Landesausstellung. Bei den NÖ Landesausstellungen rechtfertigten die nachhaltige Stärkung der Bewusstseinsbildung, die Revitalisierung alter Bausubstanz und Verbesserungen der Infrastruktur in der Regel die zum Teil hohen Investitionskosten.

Abgeordneter Erich Königsberger (FP) gab zu bedenken, dass zwar zum ersten Mal eine Landesausstellung grenzüberschreitend ausgerichtet werde, man sich jedoch in eine enge Partnerschaft mit Tschechien begeben. Dies sei ein Land, das sich nach wie vor weigere, Atomkraftwerke wie Temelin still zu legen. Trotz dieser Bedenken wünsche er jedoch der Landesausstellung viel Erfolg.

Abgeordnete Karin Kadembach (SP) betonte, die Landesausstellungen in Niederösterreich seien eine eindrucksvolle Erfolgsgeschichte. Sie wünsche der Ausstellung 2009 viel Erfolg in wirtschaftlicher, kultureller und menschlicher Hinsicht.

Abgeordneter Jürgen Maier (VP) wies auf das Jubiläum 20 Jahre Grenzöffnung hin, das im nächsten Jahr gefeiert wird. Die Landesausstellung berge die Chance in sich, die Geschichte kennen zu lernen und in mehreren Blickrichtungen zu sehen. Er sei über-

zeugt, dass die Landesausstellung 2009 ein weiterer Schritt für das Zusammenwachsen in Europa sei.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Präsident Ing. Hans P e n z (VP) meinte in seinen Dankesworten, man stünde nun am Ende eines bewegten erfolgreichen und arbeitsreichen Jahres. Die hohe Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen sei ein starkes Zeichen der gelebten Demokratie in Niederösterreich. Auf dem Weg nach vorne brauche es Glaubwürdigkeit, Geschlossenheit und Überzeugungskraft sowie ein Bekenntnis zu Geschichte und Tradition. Der NÖ Landtag habe im vergangenen Jahr wichtige Beschlüsse im Bereich der Wirtschaft, des Sozialen, der Gesundheit, des Jugendschutzes und des Sports gefasst und damit seine Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger des Landes wahrgenommen. Trotz aller Unterschiede gelte es, dass gemeinsame Ganze im Auge zu behalten, getragen vom Willen der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Respekts. Der Präsident wünschte abschließend allen Mitgliedern des Hohen Hauses ein gesegnetes Weihnachtsfest.

Abgeordneter Josef J a h r m a n n (SP) bedankte sich und blickte in seinen Worten auf ein politisch sehr bewegtes Jahr zurück. Er wünschte abschließend allen Abgeordneten und Mitarbeitern ein frohes Fest sowie viel Erfolg und Gesundheit im Neuen Jahr.

Schluss der Sitzung!